



Ein gerechteres Steuer- und Abgabensystem

Seneca - 16.7.2006 um 15:16

Hallo zusammen,

wir hatten vor einer Weile hier schon einmal über das Grundeinkommen diskutiert und dabei auch das Steuersystem angeschnitten. Ich habe mir mal einige Gedanken darüber gemacht und ein Konzept ausgearbeitet, wie man unser Steuer und Abgabensystem gerechter gestalten könnte.

Schaffung eines Sozialpools:

Aus diesem Sozialpool wird die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung, die Arbeitslosenversicherung FÜR ALLE bezahlt. Zusätzlich erhält ein Arbeitnehmer, dessen Nettoeinkommen unter 1500€ liegt eine negative Sozialfinanzierungssteuer aus diesem Pool ausbezahlt.

Abschaffung der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherungen und Schaffung einer staatlichen Gesamtversicherung:

Hier sind alle 82 Mio Einwohner der Bundesrepublik kranken-, pflege und arbeitslosenversichert. Finanzierung aus dem Sozialpool.

Soweit ersteinmal zu zwei strukturellen Änderungen. Nun geht es darum, wie das System als solches gestaltet werden soll. Hierfür müssen wir uns erst einmal überlegen, für was die bisherigen Steuern und Abgaben verwendet werden. Nämlich für

1. Finanzierung des Staatsapparats als solchen (Mensch für Staat)
2. Finanzierung der Sozialleistungen und ähnliches (Mensch für Mensch)

Wenn wir nun grundsätzlich überlegen, wieviel Geld ein Mensch zum Leben braucht und wer wieviel abgeben kann, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass logischerweise nur der zahlen kann, der mehr hat als nötig hat und logischerweise der Unterstützung braucht, der weniger hat als nötig.

Wenn wir nun diese Grenze auf 1500€ pro Monat festlegen, dann hat der, der genau diese 1500€ als Einkommen hat genug, um ein angenehmes Leben führen zu können, jedoch ohne übermäßigen Luxus.

Nun habe ich mir das Steuer und Abgabensystem folgendermaßen vorgestellt.

Das Nettoeinkommen eines jeden Menschen wird doppelt versteuert, nämlich

1. mit einer progressiven Staatsfinanzierungssteuer, welche auf den Betrag, welcher 1500€ im Monat, also 18000€ p.a. übersteigt erhoben wird und direkt zur Finanzierung des Staatsapparats verwendet wird.
2. Mit einer Sozialfinanzierungssteuer (Spitzensatz 50% bei 3000€ erreicht), welche ebenfalls progressiv ab einem Nettoeinkommen von 18000€ p.a. erhoben wird und auch negativ als Differenz zu 18000€ p.a. ausbezahlt wird (negativer Spitzensteuersatz 50% bei 0 € Einkommen, macht 750€). Diese Sozialfinanzierungssteuer wird direkt in den Sozialpool bezahlt, bzw. aus ihm ausbezahlt.

Das wäre das Steuersystem bezüglich der Einkommensteuer. Dieses duale Stuersystem, welches Staatsfinazierung und Sozialfinanzierung trennt hat diverse Vorteile gegenüber dem bisherigen System:

1. Für die Finanzierung des eigentlichen Staatsapparates zahlen wirklich nur die, die selbst genug haben.
2. Sozialhilfe/Hartz4 wird unnötig, negative Einkommensteuer bietet selbst dem, der gar nichts hat ein einigermaßen akzeptables Einkommen.
3. Diese duale Steuersystem wird zusammenfassend auf alle Einkommen (auch Kapitalerträge und Vermögensvorteile) angewandt.
4. Dieses Steuersystem gilt für alle nicht mehr vollzeitschulpflichtigen Personen mit Mindestalter 27 Jahre ODER abgeschlossener Berufsausbildung. Kann eine Person, für die dieses Steuersystem normalerweise nicht angewendet wird (Schüler etc) nicht durch unterhaltspflichtige Personen (gut verdienende Eltern etc) versorgt werden, so wird dieses System ebenfalls angewendet.

Ein abschließender und entscheidender Vorteil:

Jeder ist staatlich ausreichend versichert und abgesichert, jedoch bietet sich dennoch ein ausreichender Anreiz sich selbst zu versorgen und Geld zu verdienen, da die Steuerkurve so ausgelegt ist, dass bei Einkommen bis 1500€ mit jedem Euro, den man mehr verdient Brutto erheblich mehr hängen bleibt. Außerdem muss niemand Angst haben durch geringe Zusatzeinkünfte den Anspruch auf staatliche Leistungen zu verlieren.

Falls ihr euch die Steuerkurve anschauen wollt:

Das Bruttoeinkommen mit einberechneter Sozialfinanzierungssteuer wird annähernd beschrieben durch folgende Funktion (kurz vor 3000€ ist da noch so ein kleiner Wendepunkt drin, den ich nicht wegbekommen hab, aber in etwa stimmt's):

$$f(x)=1.646*10^{-7}*x^6 -7,407*10^{-6}*x^5 -3,7*10^{-5}*x^4 +(7/1800)*x^3 +(15/2)$$

x: Nettoeinkommen in 100€

f(x): Bruttoeinkommen in 100€

Anmerkung zum Schluss:

Ich habe mit diesem Konzept versucht, Ungerechtigkeiten bei den Steuern und Abgaben auszugleichen und gleichzeitig unser Sozialsystem ein wenig umzustrukturieren. Änderungen bei anderen Steuern (MWST ect.) habe ich hier einfach mal außen vorgelassen.

Dieses System ist bestimmt noch nicht 100% ausgereift, man müsste manches noch etwas überdenken und anpassen, aber so im groben wäre das das Konzept.

... - 17.7.2006 um 03:05

Schön ausgearbeitet, @Seneca.

Ich sehe aber dennoch zwei Probleme darin, die vorab geklärt werden sollten.

Zum einen ist eine Vorstellung schon lange von mir, dass der Staat wie jeder andere Betrieb, der mit Geld umgehen muss, auch nach einem wirtschaftlichen Prinzip handeln muss.

D.h., dass er sich zunächst entscheiden muss, ob er nach dem Minimal - oder dem Maximalprinzip vorgehen will, bevor er überhaupt Steuern erlassen kann.

Zur Erklärung:

Maximalprinzip bedeutet, dass der Betrieb bzw. hier in diesem Falle jetzt der Staat versucht, mit den eingenommenen Mittel das maximal mögliche Ergebnis zu erreichen. Das haben wir vielfach jetzt schon. Daher kommt das dumme Geschwafel, der Staat sei pleite. Der Staat sieht einfach, was er zur Zeit einnimmt (bzw. senkt noch die Steuern) und auf der anderen Seite kürzt er dann in allen sozialen Bereichen, bei der Bildung etc. Das halte ich für schwachsinnig. Denn das wäre genauso, als wenn ALDI sagen würde, die Milch darf nur 0,49 Cent kosten, egal, was sie uns kostet und wenn wir dafür alle anderen Lebensmittel teurer machen müssen oder die Betriebskosten senken und dann im Dunkeln ohne Strom und ohne Kühlung Milch verkaufen.

Besser finde ich das Minimalprinzip:

Der Staat sagt zuerst, was er überhaupt ausgeben möchte, um seinen Bewohnern ein sinnvolles Leben zu ermöglichen. (Heißt beim ALDI - Beispiel: ALDI schaut sich erstmal die Betriebskosten an, die notwendig sind und kalkuliert dann den Preis für seine Milch. Das macht jeder halbwegs normale Kaufmann so, nur natürlich nicht ein Staat wie die BRD). Also muss zuerst berechnet werden, wie hoch die Ausgaben des Staates sein müssen.

Hierzu gehören neben den Ausgaben, die er nunmal als Ausgaben für sein Personal hat (und die zumindest in den Bereichen Bildung, Pflege, soziale Betreuung etc. massiv erhöht werden müssen und im Bereich Landesverteidigung und Verwaltung erheblich gesenkt werden können).

Dann müssen eben die sozialen Bereiche berechnet werden.

Damit hast Du ja schon angefangen, @Seneca.

Kosten für die gesundheitliche Versorgung sind Staatsausgaben. Das ist richtig. Die kann man einfach als Ausgaben in den Staatshaushalt einfließen lassen. Dafür braucht man nicht einen Extrafonds, sondern die werden ausschließlich über Steuern finanziert. Man müsste da nur ein paar Übergangsregelungen finden, weil man nicht allen frei praktizierenden Ärzten von einem Tag auf den anderen sagen kann, dass sie zukünftig alle Staatsangestellte sind. Da würden die sich anstellen, aber zukünftige Praxen werden nicht mehr zugelassen, dafür übernimmt der Staat wie in Großbritannien die Bezahlung der Ärzte und richtet je nach Bedarf Praxen für Allgemeinmediziner, Ärztehäuser für verschiedene Fachärzte und stationäre Kliniken für eben chirurgische und andere Sachen ein, die einer stationären Behandlung bedürfen. Und mit den Pharmafirmen wird genauso umgegangen. Der Staat schreibt einmal Aufträge aus für die Medikamente und derjenige Anbieter, der das am preiswertesten anbieten kann, bekommt den Zuschlag. D.h. aber auch, dass der Staat die Forschung in dem Bereich kontrolliert und dort die entsprechenden Forschungsaufträge vergibt für neue notwendige Medikamente. Das wären dann wohl die höchsten Kosten, aber die kann der Staat ja dann in seinen Ausgabeberechnungen einfließen lassen.

Und jetzt zum zweiten, zur sozialen Gerechtigkeit bei einem Steuersystem:

Der Staat sollte erstmal dafür sorgen, dass JEDER in diesem Staat leben kann. 750 € halte ich eventuell noch für ein Kind oder sonstwie nicht erwerbstätiges Familienmitglied für ausreichend. Für Menschen, die bisher ein gutes Einkommen hatten, ist das zu wenig, weil man ja auch laufende Kosten hat, die man nicht von einem Tag auf den

anderen stornieren kann. D.h. für Arbeitslose und Arbeitsunfähige muss es eine andere Lösung geben. Minimum für jemanden, der unverschuldet in so eine Situation geraten ist, halte ich zur Zeit etwa 1000 € monatlich. Auf die Summe kann er dann langsam von seinem letzten Nettoeinkommen herabgestuft werden, damit er sich auch an die neuen Lebensverhältnisse gewöhnen kann. Drunter sollte es nur dann Möglichkeiten geben, wo es aus therapeutischen Maßnahmen notwendig wäre, z.B. bei Suchterkrankungen etc, die der Bedürftige nicht behandeln lassen will und solche Sachen. Da können u.U. auch materielle Entzugsmaßnahmen sinnvoll sein.

So, damit sich Arbeit auch noch etwas lohnt, sollte der Staat dann eventuell eine Steuerfreibetragsgrenze für beschäftigte Einkommenbezieher von 1500 € einführen (pro Person natürlich, auch die anderen Grenzen sollten pro versorgungspflichtiges Gemeinschaftsmitglied gelten).

Und ab dann würde ich schon eher dazu neigen, einen linearen Steuersatz einzuführen, der sowieso entsprechend hoch wäre.

Allerdings sollte der personengebundene Steuersatz dann auch alles abdecken, so dass man keinerlei andere Steuerquellen mehr braucht (ausgenommen sind solche Verbrauchssteuern, die eben volkswirtschaftlichen Schaden anrichten wie Steuern für Benzin, evtl. Zigaretten, Alk u.ä. Drogen und solche Sachen). Auch die Erbschaftssteuern sollte dann in dem Monat, in dem die Erbschaft anfällt, als Einkommen berechnet werden. Gewerbesteuern wären dann überhaupt nicht mehr notwendig, allerdings müsste man die Kapitalflüsse von Kapitalgesellschaften ins Ausland beobachten. Die bisherige Praxis mit dem Schwarzgeld kann man ganz einfach stoppen. Bargeld wird abgeschafft. Wir haben alle unsere Karten, mit denen wir bezahlen können und das kann ohne Schwierigkeiten das Bargeld ersetzen. So hat der Staat dann auch völlige Kontrolle über die Geldläufe, weil jede Einnahme auf ein Konto läuft, für das der Staat nach heutigen Gesetzen sowieso schon Einblick hat.

So, und erst dann kann man ausrechnen, wie hoch der Steuersatz sein müsste, um gerecht für alle Mitglieder des Staates zu sein. Dafür fehlen uns leider die Unterlagen, man kann maximal eben das statistische Durchschnittseinkommen des Bundesamtes für Statistik wählen.

Da kann ich nochmal recherchieren, aber ich schätze schon, dass der Steuersatz für alle die mehr als 1500 € pro zu versorgende Person verdienen erheblich sein dürfte, ich rechne so um die 80 %.

Seneca - 17.7.2006 um 14:05

Glaub mir @nightrainmonk, ich wäre der letzte, der sich dagegen aussprechen würde die Weltrevolution sofort zu vollenden. Aber die Gesellschaft ist dazu nicht bereit imo. Und um dennoch ein einigermaßen gerechtes System zu schaffen, dafür war mein Ansatz gedacht.

Was mir @arne an deinem Ansatz Kopfzerbrechen bereitet ist, ist die Anrechnung von zusätzlichen Mitgliedern des Haushaltes auf die Steuer. Natürlich muss man Kinder fördern, aber es ist nicht einzusehen, warum eine Familie plötzlich pro Kind (das ja nicht berufstätig ist) 750€ negative Einkommensteuer kassieren sollte. Das würde unweigerlich dazu führen, dass elterliche Verantwortung und Fürsorge drauf geht. So nach dem Motte "Ich kann ja soviele Kinder zeugen wie ich will, der Staat wird sich schon darum kümmern". Dann fließen 300€ in die Versorgung d3er Kidner und 450€ in Papas Auto und das darf nicht sein. Hier muss die Regelugn greifen, dass negative Einkommenssteuer nur an den bezahlt wird, der eine abgeschlossene Berufsausbildung hat, ein gewisses Mindestalter überschritten oder von Unterhaltspflichtigen nicht ausreichend versorgt werden kann. Denn Menschen die gut versorgt sind müssen nicht zusätzlich noch von der Gemeinschaft unterstützt werden.

Wenn wir von einem gesunden Ottonormalverbraucher zwischen 18 und 90 ausgehen, dann können wir im allgemeinen sagen, dass dieser, wenn er sich vllt selbst noch ein paar Kleinigkeiten dazuverdient mit 750-1000€ leben kann (Zusatzverdienste sind ja kein Problem mehr im gegensatz zu Sozialhilfe/Hartz4!). Vllt nicht üppig, aber ohne große finanzielle Not.

Wenn wir jetzt die Steuerkurve für die negative Einkommenssteuer nehmen, die ich in meinem anderen Beitrag schon erwähnt habe, dann reicht diese für einen gesunden Durchschnittsmenschen aus. Für jeden anderen (krank, alt geschädigt, Schulden, langfristige kostenintensive Verträge, Sucht etc.) steht der Sozialpool ja weiterhin zur Verfügung und ein Zuschlagssystem auf Punktebasis oder so ähnlich wäre problemlos möglich. So im Detail kommt es ja auch noch nicht drauf an.

Was mir eben wichtig war: Die Staatsfinanzierung sollen die übernehmen, die genug haben (mehr als 1500€/Monat) Und dein Vorschlag die Sozialfinanzierungssteuer in den Haushalt einfließen zu lassen gefällt mir persönlich nicht so, denn das ergäbe unweigerlich eine Vermischung zwischen Ausgaben für den Staatsapparat und den Sozialausgaben. Dies würde dann dazu führen, dass die Sozialsteuer erhöht würde, um damit zum Beispiel die Bundeswehr zu finanzieren. Das wäre paradox. Nein, wir müssen einen Pool schaffen, in den der Staat weder einzahlt, noch sich daraus bedient. Völlig unabhängig, Menschen für Menschen eben.

Die Berechnung der Steuer nach dem Minimalprinzip ist denke ich sehr sinnvoll hier. Wobei wir wieder an die Doppelbesteuerung denken sollten.

Staatsausgaben kalkulieren, Staatsfinanzierungssteuer für alle Einkommen >1500€ berechnen.

Sozialausgaben kalkulieren, Sozialsteuer berechnen.

Immer schön getrennt, damit dass was für soziales eingezogen wird auch wirklich dort ankommt.

Erbschaften, Schenkungen, Kapitalerträge etc werden selbstverständlich bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens regulär mit einbezogen.

Mir ist da eine Idee gekommen, wie man die Abwanderung von Vermögen ins Ausland stoppen könnte, ohne eine Totalüberwachung einzuführen.

Vermögensnachweis: Für sämtliche Beträge >20000€, die von Bankkonten abgehoben werden, muss von der Bank Meldung an das Finanzamt erstattet werden. Der Besitzer hat daraufhin nachzuweisen, dass das Vermögen im Inland verbleibt. Ansonsten wird eine Vermögensabwandlungssteuer in Höhe von zum Beispiel 30% fällig.

hopeless - 17.7.2006 um 18:35

Zitat

Original von nightrainmonk

[...] Steuerkonzepte machen diese Aufgabe für den Staat unmöglich (oder zumindest viel komplizierter) und wäre deshalb nur [B]gegen[/B] ihn durchzusetzen, im Prinzip nur, wenn ihr ihn in seiner heutigen Form abschafft. Warum das dann aber realistischer sein sollte, als gleich mit der Forderung anzutreten, ihn abzuschaffen, verstehe ich nicht.

danke für die formulierung ☐

obwohl ich als wenig gebildeter jung-anarchist natürlich nicht denke, dass erörterungen über marx die sache sinnvoll vervollständigen ☐

... - 18.7.2006 um 02:51

@nightrainmonk:

Natürlich ist Stalin ein alter Neoliberaler, mal mit mir verglichen. Und außerdem viel zu wenig planwirtschaftlich denkend.:D

Wenn Calvin schon nicht mehr reicht, kann man den ein oder anderen Linken auch noch damit irritieren, wenn man sagt, dass die Grundprinzipien von Robespierre auch durchaus was Gutes hatten.

Problem ist folgendes:

Seit bald 150 Jahren oder noch länger ist diese Staatsfunktion festgelegt. Die Schritte, die allerdings der Staat machen musste, um sein eigentliches Anliegen zu verdecken, sind komplizierter geworden und somit ist auch die von Marx angesprochenen Funktion mittlerweile weniger effektiv gewesen. Das ändert sich nun wieder spürbar.

Es ist aber nicht meine Aufgabe, der herrschenden Klasse die Aufgabe abzunehmen, wie sie sich gegenüber solchen Ideen wie einer gerechten Einkommensverteilung verhält. Würde sich daraus eine deutliche Bewegung ergeben, wäre die Klasse erstmal gezwungen, weitere neoliberale Stimmungen etwas zum Stillstand zu bringen, oder sie machen das, was sie gerne machen und was u.U. schon mit der WM begonnen hat, dass sie mal wieder auf volkstümlichen Nationalismus machen.

Die interessante Frage ist doch eben, wie die auf so etwas reagieren. Ich weiß es nicht, aber ich werde auch denen nicht die Arbeit abnehmen, sich darüber Gedanken zu machen.

Natürlich ist bei dem Ziel nicht ein Staat, der jetzt existiert, gemeint. Dass die Auflösung von Nationen höchste Priorität besitzen muss, ist sicherlich Konsens. Aber um eine Weltrevolution vorbereiten zu können, müssen diese volkstümlichen Nationalrivalitäten wie Fußball, Sprache etc. erstmal untergehen. Dann kann man in ganz kleinen autonomen Einheiten (oder auch Einheiten, die untereinander solidarisch agieren), solche Schritte durchziehen.

DIE müssen sich was einfallen lassen, wie sie Anhänger von solchen steuergerechten Systemen ausschalten wollen, sei es durch materielle Korruption wie bei den Grünen und bald auch bei der PDS oder durch Zwangsmaßnahmen wie Unterdrückung.

Die Antwort muss von der anderen Seite kommen, nicht gleich von uns mitgeliefert werden.

Im übrigen hat Marx ja nun leider nicht den "Kleinen Baukasten für die Weltrevolution" bei seinen Schriften mitgeliefert.

Wie die kommt, ist nach wie vor zum einen ´ne Sache der Theoriediskussion, zum anderen eben ´ne Frage, wie sich die Systeme der Herrschenden weiter entwickeln.

Und deren Kopf zerbrech´ich mir nicht. Gegenüber Revolutionen haben sie zumindest hier in der westlichen Welt seit Jahrzehnten einen packenden Antikommunismus aufgebaut, gegen den kein Durchkommen ist. Also kann man ja mal

versuchen, welche Strategien die einschlagen, wenn man systemimmanent versucht, das aufzubrechen. Aber zunächst ist das ja nur eine theoretische Diskussion, bei der es erstmal geklärt werden muss, was man überhaupt will. Es wäre nur ein winziger Schritt zu einer gerechteren Welt, aber einer, der durchaus die Herrschenden mal zum Reagieren zwingen würde, wenn solche Pläne massenhaft diskutiert würden.

Im übrigen, dass in kleinen Einheiten natürlich auch weniger Kontrolle und mehr Vertrauen herrschen kann, ist imo selbstverständlich.

Es ist außer dem Neoliberalismus kein Argument zu finden, das gegen Überwachung von Geldströmen sprechen würde (solange Geld als Wert noch existiert natürlich nur), genausowenig gegen die Abschaffung von Bargeld. Buchgeld ist eingeführt worden, u.a. auch, um die Akkumulation zu rationalisieren. Jetzt wird das eben mal ein Argument gegen die Akumulateure selbst. Einfach mal abwarten, was dann passiert.

@Seneca:

Letztlich ist es egal, ob man für die Umverteilung einen eigenen Fond aufmacht, oder die Staatsausgaben davon nicht separiert. Ich gestehe ein, dass Deine Lösung zunächst einmal übersichtlicher erscheint.

Mein Kritikpunkt ist dabei jedoch, dass der Staat eben auch als öffentlicher Arbeitgeber diesen Sozialfonds entlasten bzw. sich durchaus daraus bedienen. Wenn der Staat (oder sagen wir von mir aus das Gemeinwesen, damit sich @nightrainmonk oder Anarchos nicht auf den Schlips getreten fühlen. Ist eh nur ein Synonym.) 1000 Menschen ohne Einkommen hat, aber eigentlich Arbeit für 1000 Menschen hat, dann kann er durchaus imo diesen Sozialfonds nutzen, um auch bestimmte Tätigkeiten, die gesellschaftlich sinnvolle Arbeit sind, ausführen zu lassen.

Mir erscheint die Belastung, und damit der Anreiz, etwas gewinnbringend zu machen, zu klein, wenn neben den Einzahlungen zum Sozialfond auch noch die Staatsausgaben extra durch Steuern erwirtschaftet bzw. erhoben werden müssen. Denn diese Steuern müsstest Du ja dann auch konsequenterweise wieder von denjenigen einnehmen, die mit 750 oder eben mit 1000 € auskommen mussten, evtl. über Mehrwertsteuern, die mir überhaupt nicht zusagen.

Der Bedarf an Arbeitnehmern für gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, die nach wie vor nicht automatisiert werden kann, ist so enorm, dass ich sogar vermute, dass hier mehr anfallen würde als durch die Umverteilung.

Ich habe oben ja schon die Beispiele Bildung, Pflege, Erziehung angeführt. Wenn Du nun noch wirklich Kontrolle der Geldwege haben willst, dann funktioniert das auch kaum vollständig automatisiert, sondern auch nur über menschliche Recherchen. Von Sachen wie ÖPNV ganz zu schweigen, denn der müsste dringend ausgebaut werden, weil der Benzinpreis sowieso aufgrund der umweltschädlichen Eigenschaften des Individualverkehrs erheblich steigen müsste, um ihn volkswirtschaftlich zu rechnen. Und wenn wir jemals ein Bewußtsein für das Überwinden von Nationalstaaten und für materielle Gerechtigkeit schaffen wollen, dann wird das sehr teuer.

Zu der Kindersache:

Okay, es ist mit Sicherheit nicht notwendig, dass jedes Kind den gleichen Freibetrag von Geburt an erhält. Aber hier denke ich mal folgendes. Materielle Wohlstand wird sich automatisch auch auf die Bildungsstruktur und auf die Fähigkeit zur Solidarität auswirken, wenn der in genügend Familien vorhanden ist. Da könnte man noch gewisse Unterschiede machen zwischen einem 3jährigen und einem 17jährigen. Das stimmt. Wobei ein dreijähriges Kind aber auch intensivere Betreuung bedarf, die sich z.B. dadurch auszeichnen könnte, dass ein Elternteil statt der angestrebten 1500 € plus Zusatzbetrag, der nicht der Steuern anheimfällt, nicht berufstätig ist und dieses auch ausgeglichen werden muss.

Ansonsten bin ich immer eher für weniger Differenzierung bei solchen Sachen. Das ist nämlich der beabsichtigte(!) Fehler, der bei Hartz IV z.B. eingebaut wurde. Es gab früher einen Teil, der mit wesentlich weniger Sozialhilfe auskommen musste und der sich dafür auch nur im geringen Maße staatlich gängeln lassen musste. Auf der anderen Seite gab es ehemalige Arbeitnehmer, die noch so halbwegs mit ihrer Arbeitslosenhilfe auskamen. Durch die Zusammenlegung wurde einem vorgemacht, es gäbe dabei auch angeblich "Arbeitsunwillige". Okay, die hätten früher gesagt, dann nehme ich Sozialhilfe und diejenigen, die schon zwanzig Jahre gearbeitet haben, denen hat man eben geglaubt, dass sie "arbeitswillig" sind. Durch diese Zusammenlegung fällt nun auf, dass man mehr und mehr Kontrollmechanismen einbauen muss, die ein Schweingeld kosten (das auch in keinsten Weise gesellschaftlich sinnvoll genutzt wird) und der ganze Mist natürlich horrend teuer wird.

Glaubt man einfach jedem, der sich arbeitslos meldet, dass er auch arbeiten will, wird das preiswerter.

Deshalb wäre ich auch eher dafür, davon auszugehen, dass ein Elternpaar das Geld auch für die Kinder verwendet. Wenn ein Kind dennoch verwahrlost, dann hat die Gemeinschaft ja immer noch das Recht, die Erziehung (und damit auch das Geld) wieder an sich zu nehmen.

Warum ich für die Abschaffung von Bargeld bin, habe ich schon oben für @nightrainmonk erläutert. Ich sehe da auch ökonomisch keinen Sinn mehr drin, weil fast jeder gezwungen wird heutzutage ein Konto zu führen, also kann er auch mit dem Konto zahlen.

Und Steuererklärungen können wir uns auch sparen, da jedes Geld, was auf einem privaten Konto landet, nunmal eben Einnahmen sind.

hopeless - 18.7.2006 um 09:26

nightrainmonk: der marx, den ich kenne, ist halt gerade der, der den staat genau dann überwältigen will, wenn er ihm komplett gehört... und solange ein kommunist nicht hinter einer staats-idee herrennt, ist er für mich schon irgendwie anarchist. ansonsten will ich immernoch chemiker, nicht physiker werden und hab außer in anflügen von größenwahn noch nie behauptet, dass jemand unrecht hätte.. :P

hopeless - 18.7.2006 um 17:07

nunja, aber der gute lenin muss sich ja nicht zwingend einen eigenen marx gebastelt haben. wahrscheinlich liebst du den jungen marx, weil er nicht so populär ist und lenin mochte den älteren, weil er ihn so schön in der luft zerreißen konnte.. oder so. soviel zu dem, was ein "hab ich zwar nicht gelesen"-mensch sagen kann ☐

Seneca - 18.7.2006 um 17:55

Das Problem @arne und @nightrainmonk bei den Sozialabgaben und bei den über die steuerfinanzierten Sozialleistungen:

In wie weit muss die Gemeinschaft für den einzelnen sorgen und in wie weit darf ein einzelner für die Versorgung anderer herangezogen werden?

Dass der Staatsapparat als solcher sich finanzieren muss ist klar, von nichts kommt nichts, wie man ihn finanziert darüber kann man sich streiten, aber finanziert werden muss er. Deswegen habe ich vorgeschlagen, dass diejenigen den Staat finnazieren sollen, die gneug haben.

Das ist Punkt 1.

Aber wie sieht es mit denen Leuten aus, die sich keine Krankenversicherung, Lebensunterhalt etc leisten können? Früher als der Mensch noch auf den Bäumen rumgeklettert ist wären die Alten, Schwachen und Geschädigten einfach verhungert und gut is.

Aber was machen wir heute? Natürlich, wir sind uns alle einige, dass die Gemeinschaft für solche Fälle einspringen soll. Aber bis zu welchem Maßß und mit welchen Leistungen?

Hier bin ich der Meinung, dass die Gemeinschaft die Gesundheits und Altersvorsorge eines jeden Menschen generll übenehmen sollte.

Für den Lebensunterhalt sollen, die, die sich mit eigener Arbeit über Wasser halten können und wollen selbst sorgen. Die, die das nicht können sollten nicht wie bisher ein klein bisschen gestützt werden, sondern müssen so versorgt werden, dass ein Leben nach durchschnittlichem Standard möglich ist. Hierfür genügt Hartz 4 nicht, eine simple Auszahlung eines bestimmten Geldbetrages monatlich oder auch ein Grundeinkommen versagen nach genauerer Betrachtung.

Denn das Grundeinkommen erhält jeder, d.h. die Gemeinschaft zahlt auch dem Millionär ein stattliches Einkommen. Das muss nicht sein. Pauschalbeträge verleiten dazu diese unnötig in Ansprcuu zu nehmen oder Angst haben zu müssen den Ansprcuu zu verlieren. Beide Probleme wären bei dem Modell der negativen Einkommenssteuer kein Thema.

MAUS - 18.7.2006 um 20:39

Hm, kann ich nicht öffnen, kannst Du das vielleicht als Editor oder Wordpad Datei nochmal reinstellen @ nightrainmonk? wenn nicht - schade, wenn ja - danke :-)

hopeless - 18.7.2006 um 23:19

hm, danke. mal sehn was sich machen lässt. (ich bin ziemlich lesefaul seit ner weile)

allerdings sollte es ja schonmal nicht verwundern, dass sich kein anarchist mit seiner kritik so ausführlich an "verwendungen des staates" festhält..

... - 19.7.2006 um 02:21

Naja, @hopeless, ich bin jetzt auch gerade mal beim Anfang vom Holloway. Dass die Marxsche Kritik nicht in allen Punkten konstruktivistisch war, ist korrekt. Allerdings musste ja auch irgendwer den konstruktiven Teil übernehmen. Ich bin aber auch kein Lenin - Experte, dafür hat der mir auch zuviel Mist zusammengeschrieben, als dass ich mich all zu lange mit dessen Werken auseinandergesetzt hätte. Außerdem kann man anhand der real existierenden sozialistischen Staaten auch erstmal eine destruktive Kritik machen, die weiterführen könnte. Vielleicht bringt Holloway mich da weiter.

@nightrainmonk:

Du hast aber wirklich sehr wenig Vertrauen in Lösungsmöglichkeiten, die einen Dualismus bedeuten könnten. Warum soll man nicht eine konstruktive Verbesserung zum Staatswesen machen, wenn man gleichzeitig die Überwindung desselben anstrebt??

Natürlich werden alle Lösungsmöglichkeiten der kapitalistischen Krise zuerst einmal dazu genutzt werden, den Kapitalismus als System aufrecht zu erhalten. Auch ein gerechteres Steuersystem wird dazu verwendet werden. In einem Punkte, @Seneca, da muss ich @nightrainmonk sogar Recht geben, sind wir sogar kontraproduktiv, wenn wir nur für einen Staat ein solches System entwerfen. Den Menschen in diesem Staat wird es besser gehen, aber das wird denen nichts nutzen, die in der Peripherie unter dem Luxus dieses Staates leiden. Das geht wirklich nur über die Auflösung der Staatssysteme als ganzes.

Es geht hier bei solchen Gedanken um eine sehr kurzfristige Lösung, neoliberale Ansätze, die uns der Staat in verschiedenen Diskussionsformen schon aufdringt, erstmal zurückzudrängen.

Wir sind nicht mehr in der angenehmen Lage, überhaupt Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit aufstellen zu können, sondern müssen die ersten Schritten machen, damit sich die Bourgeoisie Gegenargumente einfallen läßt.

Bisher hat die Linke immer den Vertretern des Systems den Vortritt gelassen mit dem Effekt, dass die Linke sich gerade in der Forderung des Beibehalten des Bestehenden noch so gerade wiederfinden kann.

Dem gilt es was Konstruktives entgegen zu setzen. Und da sind solche Ideen wie das Grundeinkommen oder das Steuersystem von @Seneca und mir eine Möglichkeit, etwas anders vorzugehen.

Und vor was hat der Staat wohl mehr Angst:

Vor einer nicht mehr existierenden Arbeiterklasse, die schon längst in Arbeitslose und Angestellte und einem Restmalocherbestand zersplittert ist und sowieso keine Solidarität untereinander mehr kennt, oder vor eben einer Herde muffiger Steuerberater und - sekretäre? In einem Punkte ist es nämlich noch immer so, dass der Fehler auch darin besteht, dass die intellektuellen Fähigkeiten nach wie vor bei den Menschen sind, die eine Form der Veränderung wollen.

Volkswirtschaftliche Kenntnisse oder gar die Theorien dazu von Marx bekommen die sowieso nicht in der Schule beigebracht, aber es wird doch wesentlich schwieriger für diejenigen, zu argumentieren, wenn man ausgefeilte Lösungsansätze vorlegt.

Und vorläufig geht es nur darum, solche Lösungsansätze in die öffentliche Diskussion zu bringen. Ansätze, die weiß Gott noch nicht die Ideallösung darstellen, aber gegen die schwer zu argumentieren ist. Es ist vorläufig nix anderes als ein Gedankenspiel, dass irgendwann mal eine Reaktion der herrschenden Klasse heraufbeschwören kann.

Und man wird ja zumindest noch hoffen dürfen, dass das Kapital bei einer Krise der Systems dann auch noch nach einem solchen Strohalm greifen wird, von dem aus man dann weiterarbeiten kann.

... - 20.7.2006 um 02:31

Jau, ich werd´mich auch nicht abhalten lassen.

Aber danke für den Artikel von Holloway. Ist zwar für einen Nicht - Angellisten schwerer Tobak, aber trotzdem, soweit ich ihn verstanden habe, recht interessant. und mir ist dabei wieder der Name Pannekoek aufgefallen, der sich sowieso niederländisch - lekker anhört und an dessen Betrachtungen ich mich noch ganz weit entfernt in den tiefsten Windungen meines Gehirns erinnern konnte. (Und mit dessen Rätevorstellungen ich mich schon damals anfreunden konnte, zumindest mehr als mit den üblichen parlamentarischen Vorstellungen.)

Aber nochmal TOPIC:

@Seneca:

Ich habe mal nachgeschaut. Das Durchschnittseinkommen beträgt in der BRD ungefähr etwas über 1800 € pro Kopf und Monat. Wohl gemerkt, da sind alle drin. Eine vierköpfige Familie, die weniger als 7200 € brutto zur Verfügung hat, ist also unter dem Durchschnitt.

Ich halte daher nach wie vor 1000 € pro Person angebracht, allerdings ist es tatsächlich wohl sinnvoll, die Bezüge für Heranwachsende etwas zu senken, da ansonsten ab einer Versteuerung erst ab 1500 €, wie Du es vorschlägst, wohl mit Sicherheit weit über 90 % an Steuern bzw. an Einzahlungen in den Sozialfond nötig wären, wenn das Gemeinwesen auch noch in der Lage sein soll, zu investieren oder eventuell mal Schulden abzutragen (wobei wir natürlich noch gar nicht die Einnahmen aus Vermögen ausreichend berücksichtigt haben). Ich habe hier im übrigen mal das Nationaleinkommen genommen, nicht das BSP pro Kopf, weil das erwirtschaftete Produkt in der BRD noch etwas höher ist, aber dort eben auch noch andere Faktoren hineinkommen, die nicht unbedingt einem rein den Einwohnern der BRD zustehenden Einkommen anzurechnen sind.

Allerdings wird dieses Einkommen auch erwirtschaftet, während ca. 10 % der Bevölkerung keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, obwohl sie dies wollen.

Ein Spielraum ist also durchaus vorhanden, jedoch müßte er knapper bemessen werden als erst ab einer Versteuerung von 1500 € und ich müßte auch mit den 1000 € selbst für jeden Neugeborenen runter.

Seneca - 20.7.2006 um 17:18

Ok, @arne. Wenn wir 1800€ als Durchschnittseinkommen nehmen, dann kommen wir mit den 1500€ Netto bei 1500 Brutto gut hin. Wenn jemand weniger hat gibt es eine negative Einkommenssteuer, wegen mir auch mal 1000€, bei diesem Ansatz kommt es jetzt noch nicht so genau drauf an. Wer mehr hat soll zahlen. Dass man für Heranwachsende das auch einführt ist ok, allerdings sollten hier primär auch die Eltern in die Pflicht genommen werden. Kinder reicher Eltern brauchen keine gesellschaftliche Unterstützung. Also das Familieneinkommen auf Eltern und Kind umlegen und dann berechnen was wer zahlen muss bzw bekommt.

Die Kapitalerträge sollen dort ganz normal mit reinfließen.

Eine neue Steuer, die ich hier mal in den Raum werfen will, wäre eine Steuer auf die Produktionsmittel. Denn viele Maschinen, Fabriken etc werden nicht effektiv genug genutzt. Daher schlage ich eine Produktionsmittelsteuer vor, welche die Betriebe zwingt, entweder zu wirtschaften oder zu verkaufen. Einfach damit keine Kapazitäten brach liegen bleiben. Dann zahlt der, der Produktionsmöglichkeiten hat dafür einen Ausgleich an die Gesellschaft. Sozusagen die "light-version" der Vergesellschaftung.

... - 21.7.2006 um 04:09

Das mit den Produktionsmitteln müsstest Du doch nochmal genauer erläutern.

Letztendlich sind es ja zumeist Produktionsmittel, die zum Beispiel Arbeitsplätze abbauen. Die Zeiten, in denen dadurch wirklich für die gesamte Volkswirtschaft Vorteile entstanden, sind ja nun auch schon länger vorbei.

Sinnig ist das, sofern das Gemeinwesen als Ankäufer auftritt und dadurch die Produktionsmittel für alle freigibt. Solange es aber noch Konkurrenz gibt, kann das auch schädlich wirken. Da sollte man wirklich ganz genau überlegen, ob das sinnvoll ist.

Vor allen Dingen müsste man da auch überlegen, was man überhaupt will.

Das wäre noch eine Frage, die angesichts einer größeren sozialen und materiellen Gerechtigkeit auch vorab gestellt werden sollte. Was wollen wir damit erreichen? Wir wollen ja eben nicht, dass alle, die sich schon jetzt einen Scheißdreck um ihre Familie kümmern, um die Bildung der Kinder etc. das zukünftig noch für ein paar € mehr machen können, sondern es soll ja auch noch eine Lenkung irgendwie erfolgen. Dazu müsste man mal schon darauf achten, wie das ganze Gesellschaftssystem aussehen soll.

Oder wollen wir einfach nur planlose Autarkie, wo jeder sich dann eben ein paar Handyklingeltöne mehr erlauben kann?

Im übrigen bin ich noch auf der Suche nach einer Tabelle, wo man die Einkommensverteilung der BRD z.B. genauer erkennen kann, also wieviele Menschen z.B. über 1800 € monatlich verdienen bzw. erwirtschaften für sich.

Weiß da irgendjemand 'ne vernünftige Quelle, wo es sowas gibt?

Seneca @school - 21.7.2006 um 08:44

Naja, @arne, ich habe mir das mit der Produktionsmittelsteuer folgendermaßen vorgestellt. Ein Betrieb setzt eine Maschine ein, welche 5 Arbeitsplätze ersetzt. Die 5 arbeitslosen Arbeiter schlagen nach unserer negativen Einkommensteuer mit 5000€ monatlich zu Buche. Und da der Betrieb ja mit seiner Maschine Gewinn erwirtschaftet, jedoch keine Arbeitsplätze schafft, soll er seiner gesellschaftlichen Verantwortung in anderer Weise nachkommen. Zum Beispiel, indem er für diese Maschine Steuern abführt, die für die Finanzierung der negativen Einkommensteuer verwendet werden.

Was die Bildung, Versorgung und Erziehung der Kinder angeht, so müssen wir uns da mal in einem extra Thread Gedanken machen, das wird hier zu viel. Die Kinder müssen von der Gesellschaft abgesichert und unterstützt werden, aber man muss reichen Eltern nicht noch eine negative Einkommensteuer für ihre Kinder zahlen.

... - 22.7.2006 um 02:14

I.

Erstmal 'ne Frage:

Hab'ich Halluzinationen, oder sind die Links (und wohl auch alle Beiträge) in diesem Thread von @nightrainmonk verschwunden. Ich wollte eigentlich mal mit dem Holloway weiter kommen. Jetzt ist er weg!

Kann ich nochmal die Links haben?

II.

@Seneca:

So hört sich das schon ganz anders an. Das erinnert mich eher an die Wertschöpfungssteuer, die die PDS schon öfters mal vorgeschlagen hat, nur in diesem Falle bei Dir direkt an die Produktionsmittel gebunden.

Einen ganz konkreten Vorteil sähe ich dann, wenn die Produktionsmittel dann auch wirklich verkauft werden müssten und nicht einfach verschrottet werden dürften. Denn, nehmen wir das Beispiel DB AG. Mehdorn hat einfach alle Loks, die er für nicht mehr rentabel hielt, verschrotten lassen, obwohl er sie genauso gut hätte verkaufen können an Konkurrenten. Da er aber als ehemaliger Monopolist natürlich der Konkurrenz das Leben schwer machen will, ließ er die Dinger lieber verschrotten. Die Vernichtung von Produktionsmitteln müsste also auch noch mal gesondert mit einer Strafsteuer bedacht werden.

Ich fang´mal an, mit einen Thread zu Bildung als Realpolitik aufzumachen.

Seneca - 22.7.2006 um 18:42

Naja, und was machen wir dann mit den alten, unsicheren und umweltfeindlichen Maschinen? Lieber weiterbetreiben statt verschrotten? Also im Verschrotten sehe ich nicht das Problem. Wir könnten stattdessen eher sagen, dass wir eine Art semi-Verstaatlichung durchführen. Wer diese Produktionsmittelsteuer bezahlt, den betrifft das nicht. Aber wenn ein Unternehmen nicht in der Lage ist, diese Produktionsmittelsteuer auf seine Maschinen zu bezahlen, dann ist diese Produktion eben für die Gesellschaft kein ausreichender Gewinn und muss daher entweder wieder in für die Gesellschaft nützliche Bahnen gelenkt werden oder der Staat muss aktiv eingreifen, wenn die Wichtigkeit des Unternehmens entsprechend hoch ist und es wird auf ein halbstaatliches System mit Gewinnbeteiligung für den eigentlichen Besitzer umgestellt. Produktionsmittel müssen der Gesellschaft dienen, ob privat mit entsprechenden Abgaben oder durch direkten staatliche Eingriff.

... - 23.7.2006 um 02:14

Seh´ich größtenteils zwar auch so, @Seneca!

Nur arbeiten zur Zeit zumindest noch staatliche Betriebe nicht immer günstiger oder sogar besser als privatwirtschaftliche. Das ist der Knackpunkt.

Sicherlich sollte es mal ein Endziel sein, dass möglichst viele Unternehmungen in gesellschaftlicher Hand sind, aber sie sollten auf jeden Fall selbstbestimmt durch die Arbeitnehmer dort sein.

Da würde mir u.U. ein genossenschaftliches Modell für viele Betriebe am bestem Gefallen.

Das Hauptproblem an der heutigen Produktivität ist doch, dass sie eben alleine den Berechnungen des Mehrwertes unterliegt. Und das ist eben bei manchen Sachen nicht möglich. Der öffentliche Nahverkehr sollte meines Erachtens in staatlicher Hand bleiben (bzw. wieder dorthin zurückgehen), maximal in regionaler Bestimmtheit, aber hier ist nunmal eine Planwirtschaft angesagt.

Bei einigen Unternehmungen bin ich auch für eine schnellstmögliche Vergesellschaftung, das sind zum Beispiel die Banken. Die haben schon so häufig Monopolstellungen, dass dort ein Eingreifen des Staates schon aus kartellrechtlichen Gründen möglich ist.

Hier ist aber der Ansatzpunkt relativ einfach. Noch schmarotzen die Banken von der deutschen Bundesbank, die den Giroverkehr kostenfrei für die übernimmt. Da könnte man ganz einfach erhebliche Gebühren für verlangen, so dass darüber die Benutzung der Bundesbank unwirtschaftlich wird.

Ergebnis: Banken können keinen Giroverkehr mehr anbieten und die Menschen gehen dann eben zur Bundesbank zum Zwecke ihrer Kontoführung.

Das ist jetzt ein Beispiel, wo ich mich so halbwegs mit auskenne, weil ich eben gelernter Bankkaufmann bin. (Die wirklichen Gewinne machen die Banken natürlich nicht mit dem Giroverkehr, der kostet die sogar noch was, sondern mit Krediten und Anlagegeschäften. Aber beim letzteren kann die Bundesbank auch ein Depot kostenfrei führen. Und es gibt auch staatliche Kreditanstalten, die man dann zur Steuerung der Wirtschaft nutzen kann. Man kann auch über die Lombardierungen dort eine wettbewerbliche Situation schaffen, die gemeinnützige Betriebe bevorzugt..)

Also, dass würde ich wirklich von den einzelnen geschäftlichen Zweigen abhängig machen. Was haben wir davon, dass wir irgendwann mal alle Dönerbuden in Staatseigentum umwandeln? In den Bereichen, wo das Geschäft noch läuft, sollte man das auch erstmal so beibehalten (auch auf die Gefahr hin, dass mir @nightrainmonk jetzt an die Gurgel springt), aber die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel ist zur Zeit imo noch zuviel für alle Bereiche und vor allen Dingen auch für die Menschen, die hier leben noch zuviel, denn die sind noch nicht soweit.

Bei den kirchlichen Betrieben, die die Behindertenarbeit z.B. monopolisieren (ist ja der zweite Bereich, wo ich mich halbwegs auskenne), müsste es über die Bezuschußung der Staatsgelder laufen.

Dazu ist folgendes notwendig:

Kirchensteuer soll gefälligst die Kirche selber erheben. Dieses sonderbare Konstrukt, dass hier in Deutschland die Kirchen faktisch zu Staatskirchen macht, gibt es sonst nirgendwo in der Welt.

Und dann muß Konkurrenz geschaffen werden in zwar in großem Maße. Die Sätze für die anderen Anbieter außer den Kirchen für die Betreuung von Behinderten z.B. müssen wesentlich attraktiver werden und es muß auch dafür eine Mindestanforderung (eine Art ISO - Zertifizierung) vom Staat geben, damit dort endlich auch kleine Gruppen sich am Markt breit machen können. Nur so kann die Macht und die Monopolstellungen der Kirchen zurückgedrängt werden.

Das sind aber alles Sachen, die eben konkret und langsam gemacht werden müssen, damit in manchen Bereichen nicht sofort das Chaos herrscht.

Die Richtung ist klar:

Weg von Monopolisten und weg für die Reichen und Superreichen von den Geldtöpfen des Gemeinwesens.

Das kann in unterschiedlicher Geschwindigkeit erfolgen. Im Bereich des Gesundheitswesens habe ich ja schon gesagt, dass dort eine zentrale Lenkung schneller erfolgen kann. Da würde man zur Zeit sogar auf Beifall der Ärzteschaft stoßen.

Seneca - 23.7.2006 um 20:01

Man sollte die Vergesellschaftung wirklich von einzelnen Bereichen abhängig machen. Es gibt nämlich eben Bereiche, in denen eine Vielfalt nicht notwendig ist. Wer jetzt meine Arztkosten bezahlt, ob das eine AOK, eine Private, oder sonst was ist, ist im Grunde schnuppe. Also legen wir die Krankenkassen zu einer großen staatlichen Krankenkasse zusammen, das spart erhebliche Kosten Fertig.

Wenn wir jetzt aber das Dönerbudenbeispiel nehmen: wenn bei Dönerbude A der Döner scheiße schmeckt, dann geh ich zur Dönerbude B. Jetzt stellt euch mal einen Bundesdeutschen Kollektivdöner vor und was passieren würde, wenn das Rezept überall gleich beschissen wäre. Keine Alternative.

Und darauf müssen wir eben achten. Die Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse und Vorlieben und deren Bedürfnisbefriedigung dürfen wir nicht mit einer Planwirtschaft gefährden. Die Leute wollen kaufen, was sie mögen und nicht was der Staat herstellt.

Aber in denen Bereichen, in denen das keine Rolle spielt (Gesundheit, Post, Bahn, Banken, Versorgung mit Wasser, Energie etc) bringt eine Vergesellschaftung enorme Kostenvorteile und birgt den Vorteil, dass die Unternehmen nicht für den Gewinn, sondern für den Menschen arbeiten können.

... - 24.7.2006 um 02:24

Also, ich habe nix dagegen, wenn irgendjemand sich noch zusätzliche private Versicherungen für goldene Zähne oder für Schönheitsoperationen antun will- Da soll er gucken, wer sowas anbietet und wenn er nach unserem Steuersystem immer noch Geld dafür übrig hat, steht es ihm frei, sich auch diesbezüglich zu versichern. Ich als Kettenraucher würde zum Beispiel immer eine für professionelle Zahnreinigungen abschließen. Aber ansonsten ist ein staatliches Gesundheitssystem schon die kostengünstigste Lösung. Und man kann das eben auch langsam umbauen. Jeder, der neu in Krankenversicherung muss, der wird dann eben über die staatliche Einheitskasse versichert.

Wie sieht das denn in anderen Bereichen aus?

Hier gibt es doch auch Menschen, die in anderen Bereichen tätig sind.

Interessant fände ich gerade die Fragestellung nach Vergesellschaftung im Bereich des Verlagswesens! Vielleicht könnte sich hier mal @nightrainmonk äußern, ob das überhaupt sinnvoll ist. Natürlich wäre mir nix lieber als die BLÖD - Zeitung abzustellen und durch eine niveauvolle Zeitung zu ersetzen, aber auf der anderen Seite gibt es nunmal auch Meinungsfreiheit als wertvolles Gut, das zu berücksichtigen ist.

Und wie säh´das bei Tankstellen aus, @Q?

Dass Mineralölkonglomerate besser in gesellschaftlicher Hand liegen würden, scheint mir aufgrund der Relevanz des Produktes Energie logisch, aber imo kein Grund, alle Tankstellenpächter zu Staatsbeamten oder ähnliches zu machen.

Seneca - 24.7.2006 um 07:24

Also bei im Energiesektor, also auch bei der Versorgung mit Kraftstoff halte ich ein staatliches Monopol für richtig. Das müssen ja nicht unbedingt die Tankstellen sein. Die könnten auch ihren Kraftstoff beim Staat kaufen und dann um den besten Service wetteifern. Wäre sicherlich kein Problem.

Verlegaswesen ist eine relativ heikle Sache. Es würde zu erheblicher Zensur kommen, ob wir wollen oder nicht. Und deshalb sollte der Staat da lieber die Finger rauszulassen.

... - 25.7.2006 um 02:39

Na, wo bleiben diejenigen, die schon mal berufstätig waren?

Zu eine staatlichen Verlagswesen müßte auch @Dian was sagen können, obwohl ich eher glaube, dass der nicht so begeistert davon wäre.

Wie sieht es denn im Reinigungswesen aus, @Maria?

Wärst Du lieber eine staatliche Putzhilfe oder möchtest Du Dich mal selbstständig machen?

Ach, uns @Seneca:

Ich weiß ja nicht, wo Du diesmal Urlaub machst.

Wenn Du mal wieder irgendwo ins Ausland fährst, achte doch mal, soweit das geht darauf, wie da solche Sachen (Betriebe/ Dienstleistungen) organisiert sind. Da findet man manchmal auch Anregungen.

Ina - 25.7.2006 um 08:49

Selbstständig? *lol*, nö, ich mach den Job nicht aus Berufung, deshalb will ich eine blöde Liste am Morgen, die arbeite ich ab und dann gehe ich heim und am Ende des Monats gibt es Geld dafür. Meine Chefs sehe ich beim Liste abholen und beim Schlüssel abgeben. Das ist meine Vorstellung von idealer Arbeit: so dumm wie möglich und meine Ruhe. Die Leitung ist da wohl scheißegal, weil letztlich bloß ich sehen muss, was dreckig ist. Allerdings fürchte ich, dass staatliche Leitung die Sache mit der Liste etwas verkomplizieren könnte.

Gast - 25.7.2006 um 10:22

Nein, ich mache leider nicht im Ausland Urlaub, sondern meinen Trainerschein im Inland. Ich antworte auf den Rest wenn ich wieder zurück bin. Keine Zeit jetzt.

... - 26.7.2006 um 03:02

Stimmt, @Seneca, hattest Du auch gesagt, dass das was mit ´nem Trainerschein war.

Ja, @Maria, was machen wir denn in einem "idealen" Gemeinwesen, wo die Leute selbstbestimmt arbeiten sollen und in ihrer Arbeit auch eine Erfüllung finden sollen, mit Menschen wie Dir?

Ich mein, letztendlich ist auch diese Haltung ein Bedürfnis von Dir. Erinnert mich zwar eher an manche Bewohner von mir, die bloß nix zum eigenständigen denken haben wollen, aber das muss es ja wohl auch geben.

Naja, solange Du damit zufrieden bist, wird es wohl auch immer Menschen geben, die gerne Anweisungen zum Reinhalten aussprechen wollen, gehe ich mal von aus!

Und von meiner eigenen Arbeit weiss ich, dass ich schon zumeist glücklich bin, wenn wir mal auf der Gruppe ´ne Putzfrau hatten, der ich nicht noch hinterherputzen musste, weil die noch zum Putzen zu doof war (oder zu lustlos, kA?).

hopeless - 26.7.2006 um 04:01

naja.. wenn man maria verallgemeinert, dann sind putzfrauen zwischenfälle einer gesellschaft, die zu viele freiheiten vorgaukelt, aber keine zugesteht ☹

und die wollen dann von 6 bis 16uhr möglichst unmissverständliche anweisungen haben :]

Ina - 26.7.2006 um 12:05

Zitat

was machen wir denn in einem "idealen" Gemeinwesen, wo die Leute selbstbestimmt arbeiten sollen und in ihrer Arbeit auch eine Erfüllung finden sollen, mit Menschen wie Dir?

Hmm, in einem schönen, kleinen, leeren Zimmer aufbewahren mit ein paar hundert Fernsehkanälen und Beruhigungsmittel in beliebiger Dosierung vielleicht :D

Ach, ich hab bloß keinen Bock, für den Schmarrn anderer Menschen zu denken, sie können meinetwegen ein Stück meiner Körperkraft haben, wenn es denn sein muss, doch ich stelle niemandem für Geld mein Hirn zur Verfügung.

Aber wer weiß, vielleicht hätte ich in der "idealen Gesellschaft" sogar Bock, etwas für diese Gesellschaft zu tun. Dass ich dann Putzen würde, ist allerdings unwahrscheinlich.

... - 27.7.2006 um 02:43

Dann entstände aber die Frage in einem solchen Wirtschaftssystem: Was machen wir dann, wenn keiner mehr putzen will?

In meinem Job wäre das relativ einfach. Ich bin das eh gewohnt, selber alles sauber zu machen an den Wochenenden, oder ggf. der Putzfrau auch noch hinterher zu putzen, wenn die das meiner Meinung nach nicht ordentlich gemacht hat. Theoretisch müßte dann der Student @hopeless auch seine Universität sauber halten (evtl. gemeinschaftlich mit den Professoren). Das hieße, es gäbe dann eben für alle Bereiche, einen Plan, wo die Arbeiten, die bis dahin aus irgendwelchen Gründen spezialisiert waren, in Gemeinschaftsarbeit erledigt werden.

Oder:

Andere Möglichkeit: Man macht das eben nach Markt mit Angebot und Nachfrage. Man muß dann eben die Löhne für Putzhilfen soweit erhöhen, dass auch der Proff dann lieber putzen will als unterrichten.

Das hieße dann aber auch wieder höhere Steuern, denn das Geld muss ja dafür erwirtschaftet werden, zumindest in den Bereichen, wo es gesellschaftlich sinnvoll wäre, das sauber zu haben!!

hopeless - 27.7.2006 um 10:11

wenn ich da anfangen zu putzen, will ich aber auch bei allen anderen sachen beteiligt werden. dann gibts endlich an jeder ecke im fachbereich spucknäpfe! ☐ neinnein. zuerst werden die lästigen schienbein-folter-bretter im hörsaal abgeschraubt und rituell verbrannt, die einen immer am unter den tisch rutschen hindern. dann.. ach, ich schweife ab.

... - 28.7.2006 um 04:26

Dass eine Selbstbestimmtheit am Arbeitsplatz auch eine Selbstbestimmtheit in der Ausbildung einschließt, sehe ich als selbstverständlich an.

Dazu gehört selbstverständlich auch die Gestaltung am Arbeitsplatz.

Allerdings sollte das in einem Rahmen, wo eventuell noch mehr Studierende von betroffen sind, auf einer Fachschaftsvollversammlung beschlossen werden.

MAUS - 31.7.2006 um 15:41

Zitat

Original von Arne Kroger

I.

Erstmal 'ne Frage:

Hab'ich Halluzinationen, oder sind die Links (und wohl auch alle Beiträge) in diesem Thread von @nightrainmonk verschwunden. Ich wollte eigentlich mal mit dem Holloway weiter kommen. Jetzt ist er weg!

Kann ich nochmal die Links haben?.

na wie gut, daß ich die in meine favoriten gepackt habe, biddeschööön:

<http://www.opentheory.org/holloway/text.phtml>

http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse14/14paul_pop.htm

<http://marxmyths.org/john-holloway/article.htm>

Ina - 31.7.2006 um 21:14

Wenn wir gerade am Weltverbessern sind: schaut mal, was ich noch auf meiner Festplatte gefunden habe:

Programm zur Rettung Deutschlands

Deutschland wird untergehen und wir wissen auch warum: die Frauen haben mit nur 1,3 Kindern zu wenig Nachwuchs. Ihnen zu ermöglichen, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen, wäre nur ein teures Experiment aufgrund vager nordeuropäischer Statistik. Und auf Zuwanderung zu verweisen ist ohnehin pervers. Dabei ist die Lösung doch ganz einfach und sicher:

Wir brauchen mehr Frauen!

Kämen auf jeden Mann 3,33 Frauen, so wäre alles in Ordnung. Um das zu erreichen, müsste lediglich 54% der Gebärfähigen ein weiblicher Embryo nach Wahl implantiert werden. Dass dadurch die Volksgesundheit verbessert, sowie der allmählich aussterbende naturblonde Arier einen Aufschwung erleben wird, ist ein angenehmer Nebeneffekt. Und da Frauen weniger verdienen, ist ein weiterer die Einsparung an den Lohnkosten.

Letzte Reste von monogamer Moral können durch geeignete Propaganda ausgeräumt werden. Bilder von alten, kranken Menschen, die scharenweise auf der Straße leben oder eine horizontumspannende Masse von Rentnern im Schindlers-Liste-Schlussteil-Stil mit dem Titel "Da kommt was auf uns zu!" werden die Masse von der Notwendigkeit dieses neuen Weges schnell und zuverlässig überzeugen.

hopeless - 1.8.2006 um 01:40

hm.. im hinblick auf überbevölkerung und arbeitslosigkeit plädiere ich eher dafür, dass sich eine entsprechende zahl männer zurückbumsen und abtreiben lässt. in der momentanen stimmung wäre ich auf jeden fall dabei.

... - 1.8.2006 um 03:06

Das gehört aber in den Sektor "Familienpolitik".

Als erstes sollte wirklich mal dabei untersucht werden, ob wir noch mehr Menschen hier auf dem Planeten brauchen.

Und die Thematik gehört eigentlich in @Roccologics Thread.

Denn imo gibt's genug Menschen für die nächsten 5 Mrd. Jahre hier.

Männer sollten lieber alle schwul werden.

Und:

Danke, @MAUS!

Ist ja praktisch. Das muss man ja nicht mal lesen, wenn man ogg-Dateien abspielen kann. Klasse!

Ina - 1.8.2006 um 19:14

Diesen Schmarrn mute ich doch nicht den erhabenen 1.5 Milliarden zu.

Mit schwul werden und Männer abtreiben klappt das übrigens nicht, denn dann gäbe es ja noch weniger Betragzahler. Klar gibt es bereits genug Menschen auf der Welt, aber wir wollen ja Deutschland retten und nicht die Welt. All die hochqualifizierten Arbeitskräfte, die hier künftig hochinnovativ in den hintersten Hirnwinkeln jedes Menschen noch herumkramen, um etwas zu finden, das er unbedingt haben muss, bzw. diesen Kram entwickeln, müssen Inländer sein, denn für diese hochzivilisatorische neue Arbeitswelt ist irgendein normal denkender Kanake echt nicht geeignet. So eine hinrissige Scheiße geht nicht in ein, zwei Generationen in die Köpfe rein.

PS: @hopeless, ich mag deine Signatur, ist hübscher als die letzte - oder war's die Vorletzte, die so furchtbar konstruktiv war? ☐

Killing Joke - 1.8.2006 um 19:24

Passt vielleicht nicht 100%ig zum Thema, aber ich schreib's mal hin. Es geht um Hartz-IV und seine möglichen Folgen. So könnte ein Brief eiens 08/15 arbeitenden Spiessbürgers an einen Oberen der BRD-Diktatur aussehen:

Bayrisches Innenministerium

Abteilung Asoziales

- Referentenentwurf -

- Verschlussache -

An den MP Dr. Stoiber

Sehr geehrter Herr MP Dr. Stoiber,
wie Sie unseren Polizeistatistiken entnehmen können, häufen sich in letzter Zeit Beschwerden der arbeitenden Bevölkerung über die Dreistigkeit der ALG II Empfänger. Abgesehen davon, das, seit der Kürzung des Regelsatzes von 345 auf 125 Euro, immer mehr ALG II Empfänger hinterlistigerweise ihre Miete nicht mehr bezahlen, schlendern diese auch noch auf den mit dem Geld der Steuerzahler beleuchteten Bürgersteige und Fußgängerzonen durch unsere Städte

Dies führt zu berechtigten Unmut. Zum einen bekommen unsere braven Bürger kaum noch Ruhe durch die hohe Innenstadtfrequenz, zum anderen ist es nicht hinnehmbar das die guten Plätze an den Brunnen und in den Caffes ständig belegt sind.

Wir schlagen deshalb ein Ausgehverbot vor. Ab 19:00 haben ALG II Bezieher sich in ihren Wohnungen aufzuhalten. Dies ermöglicht eine wesentlich bessere Möglichkeit der Kontrollanrufe, außerdem unterliegt der ALG II Empfänger dann nicht den für ihn nicht gedachten Konsumangeboten wie Restaurants, Kino oder Disko's. Außerdem ermöglicht dies endlich wieder ein sorgloses flanieren der arbeitenden Bevölkerung.

Polizeiliches Maßnahmen: Verstärkte Kontrollen der Fußgänger. Insbesondere ist auf verbitterte abgehärmte Gesichter und Kleidung zu achten da es sich dabei erfahrungsgemäß um ALG II Empfänger handelt.

... - 2.8.2006 um 20:23

Och, solche Zustände sind in deutschen Städten doch schon länger so, @Killing Joke!

Daher gibt es ja auch immer mehr Einkaufszentren (nicht mal in den Innenstädten, sondern zumeist etwas in der Peripherie, deren ÖPNV - Anbindung auch nicht die beste ist, also mehr was für Autofahrer, und ein Auto ist für die meisten Armen in der BRD mittlerweile auch Luxus). Und diese Einkaufszentren sind natürlich auch privates Eigentum und kein öffentliches mehr und die können nach Belieben Hausverbote verhängen.

In den Innenstädten werden immer mehr Wachleute eingesetzt, die eben beobachten, wo es Schnorrer und ähnliche Personen gibt. Noch darf man sich kleiden, wie man will, um nicht aus der Innenstadt entfernt zu werden, aber demnächst werden schon belanglose Äußerlichkeiten reichen, um dadurch ein "Innenstadtverbot" zu erreichen. Es gab schon Fälle, wo Obdachlose von privaten Wachleuten aus der Essener Innenstadt an die Peripherie des Mülheimer Stadtgebietes gegen ihren Willen gebracht wurde. Und ich denke, dass es nur Glück war, dass da auch ein Fall drunter war, der sich mal gewehrt hat und das öffentlich machte.

Mir fällt aber gerade auf, dass das alles eigentlich in ein anderes Thema gehört.

Das ist der Punkt, der nicht zur Realpolitik gehört, sondern in den Bereich "Zukunftsperspektiven der BRD" oder so. Mach'ich vielleicht gleich mal was zu auf. (Oder ich komme heute Nacht nochmal rein. Ich bin etwas aus dem Rhythmus wegen einer alten Liebe mit meinen Netzzeiten.)
